

Bundestagswahl 2017	Wie wollen Sie die Attraktivität des Pflegeberufes steigern?	Wie wollen Sie eine angemessene Vergütung in der Pflege sicherstellen?	Wie stehen Sie zur Akademisierung in der Pflege?	Wie steht Ihre Partei zur Einführung von Pflegekammern auf Landes- und Bundesebene?	Wie wollen Sie eine ausreichende Personalausstattung sicherstellen?
 <p>Erwin Rüdell</p> 	<p>Durch den demografischen Wandel und die umfangreichen Reformen wird künftig deutlich mehr qualifiziertes Pflegepersonal in der Altenpflege benötigt. Dazu gehören eine angemessene Entlohnung und ein attraktiver Berufsalltag, zum Beispiel indem Dokumentationspflichten verringert werden oder zusätzliche Betreuungskräfte den Alltag entlasten. Personalschlüssel und mehr Kompetenzen werden ihren Beitrag zusätzlich leisten. Darüber hinaus müssen wir auch die Vermittlung und Zuwanderung von Pflegekräften aus Drittstaaten aktiv betreiben. Mit diesem Mix aus unterschiedlichen Maßnahmen und gemeinsamen Anstrengungen können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken.</p>	<p>Wir haben im Pflegestärkungsgesetz I und III dafür gesorgt, dass in stationären Pflegeeinrichtungen die Bezahlung tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen, beziehungsweise Entlohnung auf deren Basis, in Verhandlungen über die Vergütung von Pflegeeinrichtungen nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden darf. Ich gehe davon aus, dass dadurch in den nächsten Jahren die Löhne flächendeckend an die Tarifentlohnung angepasst werden.</p>	<p>Wir brauchen akademisiertes Pflegepersonal für Leitungsstellen, beispielsweise Pflegeleitungen in stationären Einrichtungen. Allerdings sind die Unionsfraktionen der Meinung, dass eine Akademisierung von bis zu fünf Prozent ausreichend ist. Für die Pflege am Menschen benötigen wir gut qualifiziertes Fachpersonal und nicht zwingend Akademiker.</p>	<p>Die aktuellen Vertretungen in der Pflege, ob das nun Kammern oder andere Gremien sind, konzentrieren sich hauptsächlich auf die Vertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, sodass die Altenpflege leider nicht angemessen berücksichtigt wird. Kammern sind für die Pflege nicht optimal. Unabhängig von der Form der Interessenvertretung ist es jedoch wichtig, die Mitgliedschaft freiwillig zu gestalten, um die Akzeptanz zu erhöhen.</p>	<p>In dieser Legislaturperiode sind Maßnahmen ergriffen worden, um die Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen zu verbessern. Beispielsweise wurde durch das Pflegestärkungsgesetz I der Pflegealltag durch mehr zusätzliche Betreuungskräfte in stationärer Pflege verbessert. Zudem wird durch den Bürokratieabbau den Pflegekräften wieder mehr Zeit für die eigentliche Pflege-tätigkeit ermöglicht. Auch wird die Pflege-Selbstverwaltung mit dem Pflegestärkungsgesetz II erstmals gesetzlich verpflichtet, ein wissenschaftlich fundiertes Personalbemessungssystem zu entwickeln und zu erproben.</p>
 <p>Mechthild Rawert</p> 	<p>Dafür braucht es verbesserte Arbeits- und Rahmenbedingungen, eine bessere und gerechtere Entlohnung, eine angemessene Personalausstattung sowie die Aufwertung unbezahlter und bezahlter Sorgearbeit. Mit dem Pflegeberufegesetz schaffen wir eine zukunftsfähige Ausbildung und eine weitere Grundlage für bessere und gerechtere Entlohnung. Die Absolventen haben verbesserte Karriere- und Aufstiegschancen. Wir wollen einen allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag Soziales, einen „Pakt für anständige Löhne“. Für uns steht fest: Die Verbesserung der Bedingungen in der Pflege sowie die Aufwertung des Pflegeberufes werden für uns auch in der kommenden Legislatur ein großes Thema sein.</p>	<p>Wir kämpfen für flächendeckende Tarifverträge sowie eine bessere und gerechtere Entlohnung. Für die Gesundheitsfachberufe werden wir einen bundeseinheitlichen, wenn möglich tarifvertraglichen Rahmen schaffen, um die sozialen Berufe aufzuwerten. Ein allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag Soziales ist notwendig. Kein Pflegebereich ist mehr oder weniger wert. Es ist überfällig, alle Pflegekräfte gleich zu entlohnen. Mit der Pflegeberufereform wird zu einer gerechteren Entlohnung beigetragen – insbesondere bei den Absolventen wird die generalistische Pflegeausbildung zu einem steigenden Entgelt führen. Wir setzen uns für den Abbau von (Zwangs-) Teilzeit sowie ein Rückkehrrecht von Teilzeit zu Vollzeit ein.</p>	<p>Wir haben uns stets für die Akademisierung der Pflege eingesetzt. Sie war Teil des Pflegeberufereformgesetzes und ist im politischen Kompromiss zum Pflegeberufegesetz enthalten. Wir benötigen nicht nur im Managementbereich von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern grundständig akademisch ausgebildetes Pflegepersonal, sondern auch in der Pflegepraxis. Eine gute pflegerische Versorgung kann nur mit einer hochwertigen Pflege(aus)bildung gesichert werden – die akademische Pflegeausbildung ist Teil davon.</p>	<p>Diesbezüglich findet innerparteilich noch reger Austausch statt. Ich spreche mich klar für eine schnelle Einführung von Pflegekammern auf Länder- und Bundesebene aus. Die Pflege benötigt bundesweit Mitsprache- und Selbstbestimmungsrechte, eine Eigengestaltung ihrer Profession, Gleichberechtigung, Akzeptanz und eine stärkere Lobby. Die SPD steht für eine starke Stimme für die Pflege.</p>	<p>Wir werden in Pflegeeinrichtungen verbindliche Personalstandards und in Krankenhäusern Personaluntergrenzen einführen. Für den stationären und ambulanten Pflegebereich werden wir ein Sofortprogramm für mehr Personal schaffen, um kurzfristig zu entlasten. Für eine angemessene Personalausstattung bedarf es aber mehr als festgelegter Quoten. Weitere Bausteine sind eine bessere Entlohnung, eine deutliche Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufes, verbesserte Arbeits- und Rahmenbedingungen, die interkulturelle Öffnung, die Aufwertung unbezahlter und bezahlter Sorgearbeit sowie die Pflegeberufereform und die Errichtung von Pflegekammern.</p>
 <p>M.-A. Strack-Zimmermann</p> 	<p>Generell ist es wichtig, die gesellschaftliche Wertschätzung für die wichtige Arbeit der vielen Pflegeleistenden zu steigern. Neben einer leistungsgerechten Vergütung sind vor allem bessere Arbeitsbedingungen notwendig, beispielsweise durch angemessene Personalausstattung, Entlastung der Pflegenden von unnötiger Bürokratie, verlässliche Dienstpläne und mehr Kinderbetreuungsangebote, die Arbeitszeiten im Schichtdienst vermehrt berücksichtigen. Zudem brauchen wir attraktive Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.</p>	<p>Pflegeleistende tragen große Verantwortung, sind fachlich qualifiziert und körperlich und psychisch stark gefordert. Sie verdienen entsprechend eine leistungsgerechte und attraktive Bezahlung. Hierbei sehen wir vorrangig die Tarifpartner in der Verantwortung. Voraussetzung ist, dass auch die Kostenträger durch entsprechende Anpassung der Vergütungen ihrer Verantwortung gerecht werden.</p>	<p>Die Akademisierung steigert die Qualität der Pflege evidenzbasiert. Angesichts der immer komplexer werdenden Anforderungen und Aufgabenfelder sind Pflegestudiengänge sinnvoll, um sich für weiterführende Tätigkeiten zu qualifizieren. Die klassische Ausbildung in den Pflegeberufen werden sie aber nicht ersetzen können. Wir treten hier für eine integrative Ausbildung ein, bei der nach einem gemeinsamen ersten Ausbildungsjahr in den Folgejahren eine Spezialisierung in den unterschiedlichen Abschlüssen erfolgt.</p>	<p>Die Länder sind in dieser Frage sehr unterschiedlich aufgestellt. Eine starke berufliche Interessenvertretung der Pflegenden ist zweifelsohne wichtig. Wir setzen hier allerdings auf die freiwillige Mitgliedschaft in entsprechenden Zusammenschlüssen.</p>	<p>Hier sind in erster Linie die Vertragspartner der pflegerischen Versorgung gefordert, die Grundsätze der Personalausstattung und Pflegesätze entsprechend weiterzuentwickeln. Mit Blick auf die vielen unterfinanzierten Krankenhäuser setzen wir auf ein Anreizsystem, wonach die Länder, die ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen, vom Bund einen Zuschuss erhalten. Außerdem wollen wir Pflegenden von Bürokratie entlasten, damit sie mehr Zeit für die Zuwendung zu pflegebedürftigen Menschen haben.</p>
 <p>Elisabeth Scharfenberg</p> 	<p>Wir wollen zügig ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, mit einem Sofortprogramm für mehr Pflegestellen in Krankenhäusern, verbindlicher Personalbemessung in Alten- und Krankenpflege, Bürokratieabbau und besseren Arbeitsbedingungen. Außerdem ist es uns wichtig, ein durchlässiges und attraktives Aus-, Fort- und Weiterbildungssystem sicherzustellen.</p>	<p>Die Bezahlung ist Sache der Tarifpartner. Wir befürworten, dass sie einen „Tarifvertrag Soziales“ aushandeln, der für faire Löhne in der Pflege sorgt. Die Politik muss dafür die richtigen Voraussetzungen schaffen. Wir sorgen für eine nachhaltige und faire Finanzierung der Pflegekosten durch eine Pflege-Bürgerversicherung, deren Leistungen an die Lohn- und Inflationsentwicklung angepasst werden.</p>	<p>Die Akademisierung der Pflege ist aus unserer Sicht ein wichtiger Beitrag, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern und erforderliche Spezialkenntnisse für gewisse Tätigkeiten, zum Beispiel im Case-Management, zu vermitteln. Die akademische Pflegeausbildung sollte deswegen als Regelangebot an Hochschulen verankert werden.</p>	<p>Pflegekammern können ein Mittel sein, der Pflege mehr Gehör und mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. Die Entscheidung darüber wird durch die Bundesländer getroffen, wie etwa in Niedersachsen. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass die Pflegekräfte in den Ländern eng in diese Entscheidung eingebunden werden.</p>	<p>Wir treten dafür ein, dass umgehend wissenschaftlich fundierte Personalbemessungsregelungen für den Krankenhausbereich und die stationäre und ambulante Altenpflege entwickelt, erprobt und verbindlich eingeführt werden.</p>
 <p>Pia Zimmermann</p> 	<p>Neben einer besseren Bezahlung brauchen Pflegekräfte vor allem bessere Arbeitsbedingungen. Pflegenden müssen sich auf ihre Pausen und ihre freien Tage verlassen können. Wir brauchen eine hochwertige, bezahlte, schulgeldfreie Ausbildung, die Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet und eine gebührenfreie Fort- und Weiterbildung. Außerdem brauchen wir Mitbestimmung über die Arbeitsbedingungen, insbesondere um sie gesundheitsfördernd und familienfreundlich auszugestalten. Rehabilitationsmöglichkeiten für Pflegekräfte müssen sich verbessern.</p>	<p>Wir wollen tarifliche Bezahlung für allgemeinverbindlich erklären. Keine Pflegefachkraft darf in Vollzeit weniger als 3200 Euro brutto verdienen. Der Pflegemindestlohn soll kurzfristig auf 14,50 Euro angehoben und auf weitere Tätigkeitsbereiche ausgedehnt werden. Zur Finanzierung wird der Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt. Durch eine Solidarische Pflegeversicherung, die alle Einkommensarten verarbeitet, die Beitragsbemessungsgrenze sowie die private Pflegeversicherung abschafft, entstehen langfristige Spielräume für mehr Arbeitsplätze, bessere Bezahlung und eine höhere Leistungsvergütung.</p>	<p>Wir unterstützen die akademische Qualifizierung und Weiterbildung, denn die Qualitätsanforderungen in den Gesundheitsberufen steigen. Eine Akademisierung der Ausbildung jedoch muss die unmittelbare Versorgungsqualität stärken und soll auch dazu dienen, die mittlere Leitungsebene in den Pflege- und Versorgungseinrichtungen sowie das tägliche Versorgungssetting weiterzuentwickeln. Wir wollen nicht, dass akademisch ausgebildete Fachkräfte die Pflege planen, strukturieren und beaufsichtigen, während Pflegehelferinnen und -helfer die Pflege am Menschen ausführen.</p>	<p>Die Linke unterstützt und begrüßt eine starke gesellschaftliche Interessenvertretung der Pflegekräfte und der Menschen mit Pflegebedarf. Pflegekammern sind dafür jedoch wenig und nicht allein geeignet. Mängel sind vor allem die Zwangsmitgliedschaft, zu eng gefasste Kompetenzen sowie die Nichteinbeziehung der Pflegehelfer. Pflegekammern dürfen kein Gegenmodell zu Gewerkschaften sein.</p>	<p>Wir befürworten als ersten Schritt in den Kliniken eine gesetzliche Personalbemessung in allen Pflegebereichen, die sich nicht nur an der Patientensicherheit, sondern an hoher Versorgungsqualität orientiert. In den Pflegeeinrichtungen muss die wissenschaftliche Personalbemessung bis 2020 nicht nur entwickelt, sondern auch verbindlich eingeführt werden. Höhere Bezahlung und mehr Vollzeitbeschäftigung können die Berufsflucht stoppen. Umschulungsmaßnahmen zur Pflegekraft müssen in steigendem Maße durch Bundesmittel finanziert werden.</p>

Anm. der Redaktion: Für die Stellungnahmen wurden die gesundheitspolitischen Sprecher der Parteien angeschrieben. Von der Alternative für Deutschland (AfD) haben wir keine Antwort erhalten. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde im Text die männliche Form gewählt. Selbstverständlich beziehen sich die Angaben aber auf Angehörige beider Geschlechter.